

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen und Integration

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.227.325

Wien, am 5. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. April 2020 unter der Nr. **1443/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „COVID-19 – Betretungsverbot und Wegweisung durch die Polizei“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- *Wie viele Betretungsverbote und Wegweisungen wurden jeweils in den Jahren 2018 und 2019 verfügt, wie viele davon gegen Männer?*
- *Wie viele Betretungsverbote und Wegweisungen wurden jeweils im Jänner 2020, Februar 2020 und März 2020 verfügt, wie viele davon gegen Männer?*
- *Welche Auswirkungen hat die Coronakrise auf die Verhängung von Betretungsverboten und auf Wegweisungen?*
- *Ist auch während der Coronakrise eine rasche Entscheidung, ob ein Betretungsverbot bzw. eine Wegweisung verhängt wird, sichergestellt?*
- *In wie vielen Fällen wurde im März 2020 auf die Verhängung eines Betretungsverbotes bzw. einer Wegweisung aufgrund der Coronakrise verzichtet?*

- *Wo sollen bzw. können sich Personen, gegen die in den letzten Wochen ein Betretungsverbot bzw. eine Wegweisung verhängt wurde, während der Dauer ihrer Wegweisung wohnen und aufhältig sein?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 8/2020, im Zusammenhang mit den Entschließungen des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 18/2020, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

MMag. Dr. Susanne Raab

